

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	13
Einführung	17
Erster Teil:	
Der Anteilstausch	19
A. Der Begriff des Anteilstausches und die steuerrechtliche Ausgangsproblematik	19
I. Die Grundelemente des Anteilstausches	19
1. Die Beteiligten am Anteilstausch und die Ausgangssituation	19
2. Die Vornahme des Anteilstausches und die Folgesituation	19
3. Die Verengung des Begriffs anhand seiner einzelnen Merkmale	20
II. Die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen beim Anteilstausch	20
1. Die Einordnung der Übertragungsvorgänge	20
a) Anteilstausch auf Grundlage eines schuldrechtlichen Tauschvertrages	20
b) Anteilstausch im Wege einer Sacheinlage	21
2. Gewinnrealisierung beim Anteilstausch	21
a) Die Situation beim Anteilstausch auf schuldrechtlicher Grundlage	21
b) Die Situation beim Anteilstausch auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage	22
aa) Die herrschende Sichtweise	22
bb) Abweichende Ansichten	22
cc) Stellungnahme	23
3. Die Besteuerung stiller Reserven als Problem für die Umstrukturierung von Unternehmen	25
III. Ansätze für eine erfolgsneutrale Durchführung von Umstrukturierungsmaßnahmen	26
1. Das Tauschgutachten des Bundesfinanzhofs	26
2. Das Umwandlungssteuergesetz	27

3.	Ansätze für eine steuerneutrale Umstrukturierung von Unternehmen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft	28
B.	Die Stellung des Anteilstausches innerhalb der Fusionsrichtlinie und des Richtlinienpakets	29
I.	Das Richtlinienpaket zur direkten Besteuerung	29
II.	Die Grundstrukturen der Fusionsrichtlinie	30
III.	Die Organisationsvorgänge	31
C.	Die Auswirkungen der EG-Rechtsetzung auf das nationale Steuerrecht	33
I.	Die Regelungskompetenz der EG im Bereich der direkten Steuern und die Richtlinie als Rechtsetzungsinstrument	33
II.	Die Auslegung der Richtlinie und des Ausführungsrechts	34
III.	Die Umsetzung der Fusionsrichtlinie in das deutsche Umwandlungssteuergesetz und ihre unmittelbare Anwendbarkeit	35
IV.	Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof	37
D.	Gestaltungsmöglichkeiten durch den Anteilstausch	38
I.	Die unechte Fusion	39
II.	Holdingsgesellschaften	39
III.	Das "treaty shopping"	40
E.	Der Anteilstausch nach Maßgabe der Fusionsrichtlinie im Umwandlungssteuergesetz	40
I.	Tatbestandliche Voraussetzungen für eine steuerneutrale Durchführung	40
1.	Der Gesellschafter	41
2.	Die erworbene und die erwerbende Gesellschaft	42
a)	Anforderungen gem. § 20 Abs. 6 S. 2 UmwStG, Art. 3 der Fusionsrichtlinie	42
b)	Beteiligung von Gesellschaften aus Nicht-EG-Mitgliedstaaten	43
aa)	Erweiternde Sichtweise	44
bb)	Enge Sichtweise	44
cc)	Stellungnahme	45
c)	Die Ansässigkeit von erworbener und erwerbender Gesellschaft	46
3.	Der Einbringungsvorgang zwischen dem Gesellschafter und der erwerbenden Gesellschaft	47
a)	Die Gewährung von Anteilen an der erwerbenden Gesellschaft	47

b) Zusätzliche Gegenleistungen gem. § 20 Abs. 6 S. 4 UmwStG	48
4. Die Mehrheitsbeteiligung der erwerbenden an der erworbenen Gesellschaft	48
a) Erwerb und Ausbau der Stimmrechtsmajorität	48
b) Einbringung der Stimmrechtsmehrheit verschaffenden Beteiligung durch mehrere Gesellschafter	49
5. Buchwertfortführung und Buchwertverknüpfung beim Gesellschafter	50
a) Die Auffassung Wassermeyers	52
b) Die Auffassung von Herzig/Dautzenberg/Heyeres	52
c) Die Auffassung von Thömmes	53
d) Stellungnahme	54
aa) Die Buchwertverknüpfung in der Fusionsrichtlinie	54
bb) Unmittelbare Wirkung der Fusionsrichtlinie	56
cc) Unmittelbare Wirkung bei Inlandssachverhalten	57
6. Wahlrecht zur Gewinnrealisierung	58
II. Die Anwendung des § 20 Abs. 6 S. 1 UmwStG auf den Anteilstausch im Sinne der Fusionsrichtlinie	60
F. Anwendung des Tauschgutachtens auf den Anteilstausch im Sinne der Fusionsrichtlinie	61
G. Steuerfreier Export stiller Reserven durch beschränkt steuerpflichtige Gesellschafter	64
I. Problemstellung	64
II. Stellungnahme	66
1. Die Entstehung und Besteuerung einbringungsgeborener Anteile	66
2. Anwendung von § 6 Abs. 3 Nr. 4 AStG	69
3. Die Versagung der Richtlinienvergünstigung	71
H. Die verbleibenden Fälle des Anteilstausches	73

Zweiter Teil:

Der Mißbrauchsvorbehalt.....	75
A. Einführung und Problemstellung.....	75
B. Die Elemente des Mißbrauchsvorbehalts.....	77
I. Maßnahmen zur Steuerhinterziehung oder Steuerumgehung gem. Art. 11 Abs. 1 lit. a der Fusionsrichtlinie.....	77
1. Der Tatbestand und die Rechtsfolge.....	77
2. Steuerhinterziehung und Steuerumgehung.....	82
3. Die Abwägung der Beweggründe.....	83
II. Beseitigung von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer gem. Art. 11 Abs. 1 lit. b der Fusionsrichtlinie.....	84
C. Die Versagung der Richtlinienvergünstigungen gem. Art. 11 Abs. 1 lit. a S. 2 der Fusionsrichtlinie.....	86
I. Interpretationsmöglichkeiten.....	86
II. Meinungsstand.....	88
III. Vergleich zur Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs.....	89
IV. Stellungnahme.....	90
1. Widersprüchlichkeit der Regelungen in Art. 11 Abs. 1 lit. a der Fusionsrichtlinie.....	91
2. Auflösung des Widerspruchs.....	93
3. Ergebnisse.....	95
D. Die rasche Weiterveräußerung der erhaltenen Anteile durch die erwerbende Gesellschaft als Fall des Art. 11 Abs. 1 lit. a der Fusionsrichtlinie.....	96
I. Kritik an der Weiterveräußerungssperre in § 25 Abs. 4 S. 1 UmwStG.....	97
II. Auswirkungen der Unvereinbarkeit von § 25 Abs. 4 S. 1 UmwStG mit Art. 11 Abs. 1 lit. a der Fusionsrichtlinie.....	100
III. Keine Anwendung von § 42 AO als Umsetzungsrecht.....	103
IV. Keine unmittelbare Anwendung des Mißbrauchsvorbehalts in Art. 11 Abs. 1 lit. a der Fusionsrichtlinie.....	106
V. Anwendung von § 42 AO als fortgeltende nationale Rechtsnorm.....	107

VI. Umfang der Reservenbesteuerung in Mißbrauchsfällen	108
E. Steuerumgehung i.S.d. Art. 11 Abs. 1 lit. a S. 1 der Fusionsrichtlinie unter dem Gesichtspunkt von Besteuerungsunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten	110
I. Steuerumgehung i.S.d. Art. 11 Abs. 1 lit. a S. 1 der Fusionsrichtlinie	112
1. Ausgangspunkt: grammatikalische, historische, teleologische und systematische Auslegung der Vorschrift.....	112
2. Rückschlüsse aus der Beurteilung von Besteuerungsunterschieden durch die EG.....	115
3. Vertragsorientierte Auslegung	117
a) Schaffung des Gemeinsamen Marktes gem. Art. 100 EGV.....	117
b) Grundfreiheiten des EG-Vertrages	120
4. Rückgriff auf eine gemeinsame Rechtstradition in den Mitgliedstaaten	124
5. Überprüfung des Ergebnisses anhand anderer Interpretationsmethoden	128
6. Fallgruppenbildung durch den Europäischen Gerichtshof	131
7. Abschließende Stellungnahme	133
II. Anwendung von § 42 AO.....	135
F. Die Bildung von Holdinggesellschaften mit Hilfe des Anteilstausches.....	137
I. Die rechtlichen Rahmenbedingungen	137
II. Vernünftige wirtschaftliche Gründe i.S.d. Art. 11 Abs. 1 lit. a S. 2 für die Bildung einer Holdinggesellschaft.....	138
Schlußbetrachtung.....	141
Literaturverzeichnis.....	143